



Änderungsantrag

der CDU Fraktion

Konsequenzen aus den Panama Papers: Steuerhinterziehung verhindern und Steuervermeidung eindämmen

Drucksache 18/4104

Der Landtag wolle beschließen:

Mit der Veröffentlichung der so genannten Panama Papers rücken erneut die Geschäfte in Steueroasen in den öffentlichen Blickpunkt. Die Möglichkeit über Offshore-Finanzplätze anonyme Geschäfte abzuwickeln, ist dabei keineswegs neu. Die jetzt veröffentlichten Daten zeigen jedoch eine neue Dimension dieser Geschäfte.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, die Bundesregierung in ihren Bemühungen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und aggressiver Steuergestaltung zu unterstützen. Dies gilt insbesondere für:

1. Die Ausweitung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten auf weltweit möglichst alle Staaten. Das Bekenntnis von mittlerweile fast 100 Staaten zu dem im Oktober 2014 vereinbarten neuen Standard in Steuerfragen ist dafür ein guter Anfang.
2. Die Umsetzung der seit Oktober 2015 vorliegenden BEPS-Empfehlungen (Base Erosion and Profit Shifting) der OECD gegen schädlichen Steuerwettbewerb von Staaten und aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne.
3. Die Schaffung eines weltweiten Registers der wirtschaftlichen Berechtigten von Firmen, so dass eine leichte Identifizierung der wirtschaftlich Begünstigten ermöglicht wird und anonymen Briefkastenfirmen damit die Grundlage entzogen wird.

Tobias Koch
und Fraktion